

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen  
am Dienstag, den 24.01.2017, um 17:00 Uhr  
im Hermann-Rothert-Saal, Ebene 7, Lindenstraße 2, 49593 Bersenbrück  
**(SGFWT/014/2017)**

### **Anwesend:**

Vorsitzende/r  
Koop, Johannes

Mitglieder  
Johanning, Michael  
König, Friedrich  
Krusche, Manfred  
Menke, Klaus  
Middelschulte, Elisabeth  
Raming, Dirk  
Steinkamp, Gerd  
Uphoff, Gerd  
Revermann, Markus i.V.f. von der Haar, Frank  
Waldhaus, Reinhold i.V.f. Wiewel, Franz

von der Verwaltung  
Baier, Horst Dr.  
Güttler, Andreas

Protokollführer/in  
Hedemann, Bärbel

Presse  
Benken, Heinz  
Stiens, Rita

### **Entschuldigt fehlen:**

Mitglieder  
von der Haar, Frank  
Wiewel, Franz

## Öffentlicher Teil

### 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit der Ausschussmitglieder, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Johannes Koop eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ausschussmitglieder bzw. deren Vertreter sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Darüber hinaus stellt er die Tagesordnung fest.

### 2. Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Ausschussvorsitzender Koop ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wahlvorschläge.

Auf Vorschlag von Ratsherrn Krusche wird Ratsherr Dirk Raming per Handzeichen einstimmig bei einer Enthaltung zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt.

### 3. Vorstellung aktueller Projekte der HaseWohnbau GmbH & Co.KG Vorlage: 907/2017

Ausschussvorsitzender Koop ruft den Tagesordnungspunkt anhand der Vorlage auf und bittet den Geschäftsführer Dr. Baier um Erläuterung.

Bevor Dr. Baier anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich die drei aktuell von der HaseWohnbau GmbH & Co. KG (HW) geplanten Projekte vorstellt, wird nach kurzer Diskussion festgehalten, dass die endgültige Entscheidung zu dem Bieterverfahren für das Grundstück an der Kolpingstraße in Ankum in einer Sitzung des Ankumer Gemeinderates getroffen werde. Ob hier die Entscheidung zugunsten des von der Expertenjury favorisierten Vorschlages der ASD GmbH falle, sei derzeit offen, da noch Klärungsbedarf bestehe bzgl. der zugrunde gelegten Bewertungsmatrix.

Darüber hinaus weist Dr. Baier darauf hin, dass das Konzept, wie es für das Bieterverfahren geplant wurde, standortunabhängig realisiert werden könne.

Dr. Baier stellt heraus, dass die Zielgruppe für den von der NBank geförderten Mietwohnungsbau Personen mit einem sog. Wohnberechtigungsschein sind. Auf Anregung des Ratsherrn Johanning wird dem Protokoll eine Übersicht beigefügt zu den Anspruchsvoraussetzungen und sonstigen Bedingungen für den Bezug eines Wohnberechtigungsscheines. Nach Auskunft Dr. Baiers orientieren sich die von der HW geplanten Wohnungsgrößen ebenfalls an den an die Förderung durch die NBank geknüpften Voraussetzungen.

Darüber hinaus teilt Dr. Baier auf Anfrage des Ratsherrn Johanning mit, dass die Samt-

gemeinde vertragsgemäß den Gebäudeabriss auf der Aslager Str. 10 vorgenommen habe und der HW somit ein neutrales Grundstück übertragen worden sei.

Auf Anfrage des Ratsherrn Uphoff teilt Dr. Baier mit, dass überlegt werde, inwiefern eine Mietpreiserhöhung (nach Ablauf der ersten drei Jahre mit einem festgelegten Mietzins von 5,60 €/qm für eine geförderte Wohnung) im Mietvertrag festgeschrieben werden kann. Es sei zu überlegen, ob die Steigerung (kalkuliert wurden 2 %) sich z.B. an der allgemeinen Marktentwicklung und/oder an den Lebenshaltungskosten orientieren soll.

Bezüglich des Zeitplanes zur Fertigstellung dieser Projekte erläutert Baier, dass zunächst über den Wirtschaftsplan 2017 der HW entschieden werden müsse (sh. TOP 6 des nicht öffentlichen Teils dieser Sitzung). Im Anschluss könne der Architekt mit der Bauantragstellung beauftragt werden, so dass mit einer Fertigstellung frühestens im Herbst 2018 zu rechnen sei.

Ratsherr Uphoff regt an, dass bzgl. der Ausgestaltung der Wohnungen eine optische Abtrennung von Wohn- und Essbereich, z.B. durch Trennwände, zu überdenken sei.

Ratsherr König ist der Auffassung, dass statt geplanter Flachdächer auf den Neubauten generell eher geneigte Dächer gewählt werden sollten, um den Wasserablauf gewährleisten zu können.

Die Anregungen werden vom Geschäftsführer Dr. Baier zur Kenntnis genommen.

Bzgl. des Projektes in der Jahnstraße in Gehrde weist Dr. Baier darauf hin, dass der bestehende Bebauungsplan, in dessen Geltungsbereich das geplante öffentlich geförderte Wohnbauprojekt (zweimal 10 Wohneinheiten möglich) liege, vor dessen Realisierung geändert werden müsse. Aufgrund des städtebaulichen Charakters in Gehrde werde die Architektur dieser Projekte im Gegensatz zu den anderen beiden Projekten weniger modern/massiv, sondern eher ländlich gehalten (zwei Doppelhäuser im Entwurf). Derzeit laufe der Diskussionsprozess bzgl. der Realisation dieses Projektes in der Gemeinde. Ratsherr Uphoff gibt zu bedenken, dass im Falle eines sozialen Wohnungsbaus an dieser Stelle schnell ein „sozialer Brennpunkt“ entstehen könne. Auch Ratsherr Steinkamp befürchtet einen längeren Leerstand bzw. eine größere Fluktuation als üblich, so dass die zugrunde liegende Kalkulation (5,60 €/qm bei Förderung durch NBank) nach seiner Ansicht nicht ausreiche und die HW so zu einem subventionierten Wohnungsbau übergehe. Dr. Baier teilt mit, dass man sich dieser Problematik bewusst sei. Er weist in diesem Zusammenhang auf die im nicht öffentlichen Teil noch zu behandelnde Kalkulation hin.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, bedankt sich Ausschussvorsitzender Koop bei Dr. Baier für dessen ausführliche Informationen.

#### **4. Bericht der Verwaltung**

Ausschussvorsitzender Koop ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet den Ersten Samtgemeinderat Güttler um seinen Bericht.

Güttler berichtet anhand einer dem Protokoll als Anlage beigefügten Power-Point-Präsentation von den Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden, wie sie in den Haushaltsklausurtagungen des Landkreises Osnabrück besprochen wurden.

Nachdem bereits im Dezember 2016 auf Initiative der Hauptverwaltungsbeamten insgesamt rund 6,5 Millionen Euro vom Landkreis an die Mitgliedsgemeinden ausgeschüttet wurden, sollen den Gemeinden in 2017 u.a. für die Aufgaben in den Bereichen Kinderbetreuung, Flüchtlingsbetreuung und Schulsachkosten zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 10 Millionen Euro für die Aufgaben der Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Neben den genannten Bereichen sollen für das Germanenland am Alfsee, für den Breitbandanschluss an den Oberschulen, für die Erhöhung des Strukturausgleichsfonds und für die Sportförderung zusätzliche Mittel fließen. Ein genauer Verteilungsschlüssel liege lt. Güttler derzeit noch nicht vor.

Bzgl. der Herkunft der zusätzlichen einmaligen Mittel für die Kinderbetreuung in Höhe von 3,6 Millionen Euro weisen Dr. Baier und Ausschussvorsitzender Koop darauf hin, dass diese Mittel aus den nicht vollständig abgerufenen Fördermitteln zur Förderung von Krippenplätzen in den Jahren 2013 bis 2016 zur Verfügung stehen (ca. 900.000 Euro pro Jahr).

Um möglichst verlässliche Zahlen noch in die Haushaltsplanung einbeziehen zu können, werde gehofft, dass der Landkreis den endgültigen Verteilungsschlüssel möglichst zeitnah mitteilen wird.

Ausschussvorsitzender Koop bedankt sich im Anschluss bei Güttler für dessen Ausführungen.

Auf Anfrage des Ratsherrn Menke bzgl. des Jahresergebnisses der Samtgemeinde für das Jahr 2016 wird mitgeteilt, dass derzeit noch Buchungen für das Vorjahr vorgenommen werden und voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses ein (zumindest vorläufiges) Ergebnis bekanntgegeben werden kann.

Ratsherr Johannung regt an, die Unterlagen für die Sitzungen (Anlagen wie z.B. Anträge der Verwaltung, Power-Point-Präsentationen, Tabellen etc.) mindestens einen Tag vor der Sitzung in das System einzustellen, um sich im Vorfeld damit beschäftigen und evtl. Notizen machen zu können. Die Anregung wird von Dr. Baier zur Kenntnis genommen.

## **5. Anträge und Anfragen**

Ausschussvorsitzender Koop ruft den Tagesordnungspunkt anhand der Vorlage auf und bittet um Wortmeldungen.

Auf Anfrage des Ratsherrn Uphoff bzgl. des Investitionsvolumens und der Finanzierung des geplanten Neubaus des Hallenbades Ankum teilt Dr. Baier mit, dass in der nächsten Sitzung des Bauausschusses (Termin: 15.02.17) verschiedene Beispiele zu Hallenbad-Neubauten vorgestellt werden sollen (Investitionsvolumen zwischen 3,3 bis 8,0 Millionen Euro). Im Anschluss erhoffe er sich einen Auftrag an die Verwaltung, wonach eine konkretere Planung gefordert werde. Uphoff gibt zu bedenken, dass weiterhin die Sanierung

der Beckenköpfe sowie der Wunsch nach einem Kinderbecken beim Freibad Bersenbrück auf der Prioritätenliste der Samtgemeinde stehen.

Ratsherr Johanning weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass nicht nur Investitionskosten, sondern auch die anschließenden Betriebskosten zu betrachten sind.

Ratsfrau Middelschulte stellt fest, dass grundsätzlich Einigkeit darüber herrsche, dass das Hallenbad in Ankum saniert bzw. neu gebaut werden muss, da es sich u.a. um eine Schulsportanlage handle.

Uphoff schlägt darüber hinaus vor, entgegen dem seinerzeit der HW von der Samtgemeinde gewährten tilgungsfreien (endfälligen) Darlehen hierfür von der Verwaltung einen Tilgungsplan bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses erstellen zu lassen. Nach seiner Ansicht sei ein endfälliges Darlehen für die HW hier nicht sinnvoll, da die HW nach Ablauf der 30 Jahre nicht über die erforderlichen Tilgungsmittel in Höhe von rund einer Million Euro verfügen werde. Die Differenz aus den von der Samtgemeinde zu leistenden Zins- und Tilgungsbeträgen (36.000 €/Jahr) und den von der HW an die Samtgemeinde zu zahlenden Zinsen (14.000 €/Jahr) sei darüber hinaus eine zu hohe Belastung für den Samtgemeindehaushalt.

Abschließend erkundigt sich Uphoff nach dem Sachstand zu seiner Anregung aus der letzten Sitzung bzgl. der möglichen Beschäftigung von Flüchtlingen bei der Fa. adidas im Niedersachsenpark. Lt. Auskunft Dr. Baiers habe Herr Beelmann erste Gespräche geführt. Er schlägt vor, aufgrund der Komplexität des Themas zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses (Termin: 06.02.17) die Verantwortlichen der für die Integration und Vermittlung von Arbeit zuständigen MaßArbeit gGmbH (Frau Ostendorf, Herr Averhage) einzuladen, um die Voraussetzungen und sonstigen Bedingungen für Beschäftigungsverhältnisse mit Flüchtlingen zu besprechen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich Ausschussvorsitzender Koop bei Herrn Benken und den Zuhörern für die Teilnahme am öffentlichen Teil der Sitzung. Diese verlassen daraufhin die Sitzung. Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:00 Uhr.

---

Ausschussvorsitzender

---

Samtgemeindebürgermeister

---

Fachdienstleiter

---

Protokollführerin